

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

LISSABONVERTRAG IST SEIT 1. DEZEMBER 2009 IN KRAFT

Nach fast 10 Jahren Verhandlungen seit dem Europäischen Rat von Laeken 2001 über die neue institutionelle Struktur der EU ist der Lissabonvertrag mit einem feierlichen Akt in Lissabon am 01.12.2009 in Kraft getreten. Wesentliche Änderungen sind die Schaffung eines Präsidenten des Europäischen Rates und eines Hohen Vertreters für Außen und Sicherheitspolitik (s. EB 21/09), die Übertragung weiterer Kompetenzen auf die EU, die Stärkung der Stellung des direkt gewählten Europäischen Parlaments durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens als Regelfall und eine verbesserte Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bis hin zur Klage vor dem EuGH sowie die Geltung der Grundrechtecharta. Zudem ist erstmals der freiwillige Austritt aus der EU vorgesehen.

Weiterführende Informationen zum Lissabonvertrag, einschließlich des Texts, unter:

http://europa.eu/lisbon_treaty/index_de.htm

Das Europäische Parlament und der Lissabonvertrag:

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do;jsessionid=295DEC97A7E9062F93E2CFD92153D477.node1?language=DE&refreshCache=yes&pageRank=1&id=66>

KOMMISSION: BARROSO VERTEILT PORTFOLIOS – OETTINGER BEKOMMT ENERGIE

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* hat am 27.11.2009 die Zuschnitte der Portfolios für die designierten Kommissare bekannt gegeben. Der deutsche Kandidat, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg *Günther Oettinger*, soll Energiekommissar werden. Das Europäische Parlament will die individuellen Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder vor den Parlamentsausschüssen vom 11. bis 19.01.2010 durchführen. Am 26.01.2010 soll das Plenum über die Kommission als Kollegium abstimmen. Nach der Zustimmung des Parlaments muss die Kommission noch formell vom Europäischen Rat ernannt werden und wird vss. Anfang Februar ihr Amt antreten. Die Amtszeit dauert bis zum 31.10.2014 (s. auch die Beiträge der anderen Ressorts).



http://www.ec.europa.eu/commission_designate_2009-2014/index_en.htm

STRATEGIE EU 2020: KONSULTATION BIS 15.01.2010

Die Kommission hat am 24.11.2009 eine Konsultation bis zum 15.01.2010 zu einer Strategie für die EU bis 2020 gestartet, die aus der EU einen intelligenteren und ökologischeren sozialen Markt machen soll. Daraus soll ein Vorschlag entstehen, der dem Europäischen Rat am 25./26.03.2010 in der Nachfolge der Lissabonstrategie, die 2010 ausläuft, vorgelegt wird (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

Antworten zu dieser Konsultation sind bis zum 15.01.2010 per E-Mail an:

EU2020@ec.europa.eu

Das vollständige Konsultationspapier ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm und

<http://ec.europa.eu/eu2020>.

EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 23. - 26.11.2009 IN STRAßBURG

Schwerpunkte der Plenarsitzung waren die Vorbereitung des nächsten Europäischen Rates am 10/11.12.2009 u. a. mit einer Resolution zum Stockholmprogramm, die Forderung nach einer Vorreiterrolle der EU für ein ehrgeiziges Klimaabkommen in Stockholm und die Bewertung der Fortschritte der Beitrittskandidaten. Zudem begrüßten die Abgeordneten im Hinblick auf den Sonderrat und der Ernennung des Ratspräsidenten und der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik (s. EB 20/09) das Ende der institutionellen Debatten. Zur Vorbereitung auf das Inkrafttreten des Lissabonvertrags billigten die Abgeordneten eine Änderung der Geschäftsordnung. Im gesetzgeberischen Bereich verabschiedete das EP in 3. Lesung das Telekompaket, und in 2. Lesung eine neue Kennzeichnung für Reifen. Zudem sprach sich das EP für eine bessere Entschädigung beim Konkurs einer Fluglinie aus und forderten die Mitgliedstaaten auf, für ein umfassendes Rauchverbot zum Schutz der Arbeitnehmer und Nichtraucher zu sorgen (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm



KROATIEN: DREI KAPITEL IN DEN BEITRITTSVERHANDLUNGEN ABGESCHLOSSEN

Auf der achten Beitrittskonferenz mit Kroatien am 27.11.2009 auf Stellvertreterebene wurden die Verhandlungskapitel zu den Finanzdienstleistungen, zur Energiepolitik und zum Verbraucher- und Gesundheitsschutz vorläufig geschlossen. Damit sind insgesamt in den Verhandlungen mit Kroatien 28 eröffnet und 15 vorläufig geschlossen worden. Eine weitere Beitrittskonferenz mit der Türkei und Kroatien ist für den 21.12.2009 vorgesehen.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

CECILIA MALMSTRÖM SOLL INNENKOMMISSARIN WERDEN – NEUE KOMMISSION AUS SICHT DES STMI

Innenkommissarin und damit zuständig für Asyl und Einwanderung sowie Innere Sicherheit soll die schwedische Europaministerin *Cecilia Malmström* werden, Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft die Luxemburgerin *Viviane Reding*. Zudem für den Geschäftsbereich des StMI relevant sind Binnenmarktkommissar *Michel Barnier*, Wettbewerbskommissar *Joaquin Almunia*, Kommissar für Regionalpolitik *Johannes Hahn*, Verkehrskommissar *Siim Kallas*, Energiekommissar *Günther Oettinger*, Industriekommissar *Antonio Tajani* und die Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, *Rumiana Jeleva*.

RAT BILLIGT UNTERZEICHNUNG DES SWIFT-INTERIMSABKOMMENS

Der Rat Justiz und Inneres hat die Unterzeichnung des vom schwedischen Ratsvorsitz mit der US-Regierung ausgehandelten Abkommens zur Weitergabe von Daten über Finanztransaktionen zur Terrorismusbekämpfung gebilligt. Bundesinnenminister de Maizière enthielt sich bei der Abstimmung wie seine Kollegen aus Griechenland, Österreich und Ungarn der Stimme. Mit der Unterzeichnung des Abkommens ist die Vereinbarung über seine vorläufige Anwendung ab 01.02.2010 verbunden. Es soll längstens bis 31.10.2010 gelten. Danach soll es durch ein nach den Regeln des Vertrags von Lissabon ausgehandeltes, langfristiges Abkommen ersetzt werden.



RAT JUSTIZ UND INNERES AM 30.11./01.12.2009: WEITERE INNENPOLITISCHE ERGEBNISSE

- Erneut scharfe Kritik an der Asylpolitik der Kommission – neues europäisches Asylunterstützungsbüro soll in Malta eingerichtet werden
- Arbeit am Stockholmer Programm noch nicht abgeschlossen
- „Stunde der Wahrheit“ für SIS II schlägt am 29.01.2010
- VIS soll im Dezember 2010 die Arbeit aufnehmen
- Mehrheit für EU-Agentur zur Verwaltung von SIS, VIS und EURODAC
- Bürger Mazedoniens, Montenegros und Serbiens können ab 19.12.2009 visafrei in die EU reisen
- Halbjahresbericht des EU-AntiTerrorkoordinators
- Entscheidungen des Rats ohne Debatte (A-Punkte): Schlussfolgerungen zu einem Gemeinschaftsrahmen für die Katastrophenverhütung, Aktionsplan zur Stärkung der chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Sicherheit (CBRN) in der EU, Umsetzungsmaßnahme zur Umwandlung EUROPOLs in eine EU-Agentur, Beschluss zum leichteren Austausch kriminaltechnischer Beweismittel, Netz für Kriminalprävention wird weiterentwickelt, Strategie für das Informationsmanagement im Bereich der inneren Sicherheit

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

VIVIANE REDING SOLL KOMMISSARIN FÜR JUSTIZ, GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT WERDEN

Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft soll die Luxemburgerin *Viviane Reding* werden. Frau *Reding* wird für Zivil- und Strafrecht sowie für Grundrechte, Unionsbürgerschaft, Datenschutz und Antidiskriminierung zuständig sein.

JI-RAT AM 30.11./01.12.2009

- Arbeit am Stockholmer Programm noch nicht abgeschlossen
- Sachstandsbericht zu einem Instrument zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und Ausbeutung von Kindern sowie Kinderpornografie
- Orientierungsausprache zu einem Instrument zur Übertragung von Strafverfahren
- Orientierungsausprache zu einem Instrument zur Verhütung und Be-



- kämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der Opfer
- E-Justiz: europäisches Justizportal verzögert sich
 - Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der EU und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen

KONSULTATION ZUR PAUSCHALREISERICHTLINIE

Die Kommission hat eine Konsultation zur Überarbeitung der Pauschalreise-richtlinie ([90/314/EWG](#)), zu den Fluggastrechten sowie zur Absicherung des Insolvenzrisikos bei Fluggesellschaften beschlossen. Da Reisen zunehmend von den Verbrauchern selbst über das Internet zusammengestellt werden, überlegt die Kommission, den gemeinschaftlichen Schutz auf solche neuartigen Geschäftsmodelle auszudehnen. Der Konsultationszeitraum endet am 07.02.2010. Konkrete Gesetzgebungsvorschläge sind für Herbst 2010 geplant.

http://ec.europa.eu/consumers/rights/travel/consultation_en.htm

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20091125+SIT+DOC+PDF+V0//DE&language=DE)

[//EP//NONSGML+TA+20091125+SIT+DOC+PDF+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20091125+SIT+DOC+PDF+V0//DE&language=DE)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

NEUE EU-KOMMISSION: SCHLÜSSELPOSITIONEN FÜR DEN BEREICH DES STMF

Am 27. November 2009 hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* die Verteilung der Zuständigkeiten der designierten Kommissare bekanntgegeben. Für Haushalt und Finanzplanung ist in der neuen Kommission *Janusz Lewandowski* (Polen) zuständig. *Algirdas Šemeta* (Litauen), bisher Haushaltskommissar, wird Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung. Das Tätigkeitsfeld des Steuerkommissars wurde damit um die Bereiche Audit und Betrugsbekämpfung erweitert. Neuer Kommissar für Wirtschaft und Währung wird *Olli Rehn* (Finnland). Der bisherige Währungskommissar *Joaquín Almunia* ist künftig für Wettbewerb zuständig.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1837&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU LISSABON-NACHFOLGESTRATEGIE

Die Europäische Kommission hat am 24. November 2009 eine öffentliche Kon-



sultation zur EU-2020-Strategie initiiert. Die Strategie baut auf den bisherigen Erfahrungen mit der Lissabon-Strategie auf, die 2010 ausläuft. Die Kommission schlägt eine Konzentration auf die Bereiche Wertschöpfung durch wissensbasiertes Wachstum, Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften und Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft vor. Sobald die neuen Prioritäten der EU-Strategie 2020 beschlossen sind, sollen diese auch in der Haushaltspolitik ihren Niederschlag finden. Stellungnahmen können bis zum 15. Januar 2010 eingereicht werden. Anschließend wird die neue Kommission einen Vorschlag zur Frühjahrstagung des Europäischen Rates vorlegen (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 2. DEZEMBER 2009

Der ECOFIN-Rat hat am 02.12.2009 Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gegen Deutschland und weitere acht Mitgliedstaaten eröffnet und ist damit den Empfehlungen der EU-Kommission vom 11.11.2009 gefolgt (siehe EB 20/2009). Deutschland, die Niederlande, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik sollen ihr Defizit bis 2013 wieder unter 3 % senken, Belgien und Italien bereits bis 2012. Daneben wurde über Maßnahmen in fünf bereits laufenden Defizitverfahren beraten. Frankreich und Spanien müssen ihre Defizite bis 2013, Irland bis 2014 und das Vereinigte Königreich im Haushaltsjahr 2014/2015 unter 3 % senken. Das Defizitverfahren gegen Griechenland wird verschärft, weil keine wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits getroffen wurden.

Daneben hat sich der ECOFIN-Rat auf die Gründung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde, einer Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und einer Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (sog. „Mikroaufsicht“) verständigt. Am 20.10.2009 hatte sich der Rat bereits auf die Einsetzung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (Makroebene) verständigt. Über das Finanzaufsichtspaket wird nunmehr mit dem Europäischen Parlament verhandelt.

Weitere Themen im ECOFIN-Rat waren u. a. Exitstrategien für den Finanzsektor, Vorkehrungen zur Sicherung der Finanzmarktstabilität und zum Krisenmanagement, die befristete Anwendung des mehrwertsteuerlichen Reverse-



Charge-Verfahren in bestimmten Bereichen, die mehrwertsteuerlichen Behandlung von Postdienstleistungen und die EU-Strategie 2020 (Lissabon-Nachfolgestrategie), der einheitliche europäische Zahlungsverkehrszeitraum (SEOPA) und Maßnahmen im Bereich der Derivatemärkte.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111706.pdf

EU-KOMMISSION VERÖFFENTLICHT KONSULTATIONSERGEBNISSE ZU KREDITMARKTREGELN

Die EU-Kommission hat am 01.12.2009 die Ergebnisse zweier Konsultationen zum Kreditmarkt veröffentlicht. Eine Konsultation betraf die Frage, wie EU-weit die verantwortungsvolle Aufnahme und Vergabe von Krediten gewährleistet werden kann. Die zweite Konsultation betraf die Frage, wie innerhalb der EU den Zugang zu Kreditdaten von Verbrauchern und deren Austausch verbessert werden kann.

http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/docs/credit/egch_summary_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

NEUE EU-KOMMISSION: SCHLÜSSELPOSITIONEN FÜR DEN BEREICH DES STMWIVT

Am 27. November 2009 hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* die Verteilung der Zuständigkeiten der designierten Kommissare bekanntgegeben. Danach bekommt *Günther Oettinger* die Zuständigkeit für Energiepolitik, der Franzose, *Michel Barnier*, das Binnenmarktressort, einschließlich der Finanzmarktdienstleistungen, der Italiener, *Antonio Tajani*, die Industrie- und Unternehmenspolitik, der Österreicher, *Johannes Hahn*, die Regionalpolitik, der Spanier, *Joaquín Almunia*, den Wettbewerb, der Este, *Síim Kallas*, den Bereich Verkehr und der Belgier, *Karel de Gucht*, den Bereich Handel.

FINANZMINISTER VERSTÄNDIGEN SICH AUF ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR STÄRKUNG DER FINANZAUF SICHT

Der ECOFIN-Rat hat sich am 2. Dezember 2009 auf eine allgemeine Ausrichtung zu den Richtlinienvorschlägen zur Gründung einer europäischen Banken-



aufsichtsbehörde, einer europäischen Aufsichtsbehörde für Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und einer europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde verständigt. Die drei neuen Aufsichtsbehörden sollen zusammen mit den nationalen Aufsichtsbehörden ein neues europäisches System für die Finanzaufsicht zur Beaufsichtigung einzelner Finanzinstitute bilden. Der Text muss nun mit dem Europäischen Parlament verhandelt werden, um möglichst eine Einigung in erster Lesung zu erzielen. Im Einzelnen s. Beitrag im Bereich des StMF.

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU LISSABON-NACHFOLGESTRATEGIE

Die Europäische Kommission hat am 24. November 2009 eine öffentliche Konsultation zur EU-2020-Strategie gestartet. Die Strategie soll zu einem ökologischeren und sozialintegrativem Wachstum in der EU führen und auf den bisherigen Erfahrungen und Ergebnissen der Lissabon-Strategie aufbauen, die 2010 ausläuft. Stellungnahmen können bis zum 15. Januar 2010 eingereicht werden. Anschließend wird die neue Kommission einen Vorschlag zur Frühjahrstagung 2010 des Europäischen Rates vorlegen.

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm

KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUM AUSBAU ÖFFENTLICH-PRIVATER PARTNERSCHAFTEN

Die Kommission hat am 19. November 2009 eine Mitteilung verabschiedet, die den Rahmen für Maßnahmen absteckt, mit der Anreize zur Bildung öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) gegeben werden können, um dem Investitionsbedarf in den Bereichen öffentliche Dienstleistungen, Infrastruktur und Forschung, Rechnung tragen zu können. Sie betont aber, dass sie lediglich Vorschläge und Empfehlungen geben kann, die Entscheidung über die Nutzung von ÖPP aber bei den Mitgliedstaaten liege.

http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET VERORDNUNG ÜBER DIE KENNZEICHNUNG VON REIFEN

Das Europäische Parlament hat am 25. November 2009 im Anschluss an die politische Einigung im Rat vom 19. November 2009 die Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen verabschiedet. Danach können Käufer von Autorei-



fen ab dem 1. November 2012 auf den ersten Blick erkennen, wie gut ein bestimmtes Modell bei Nässe haftet, wie viel Lärm es verursacht und wie es sich auf den Spritverbrauch auswirkt. Die Verordnung soll den Kauf von kraftstoffeffizienten Reifen steigern und somit zu einem umweltfreundlicheren Verkehr beitragen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14639.de09.pdf>

KLIMAGIPFEL IN KOPENHAGEN

Im Vorfeld der am 07.12.2009 beginnenden UN-Klimaschutzkonferenz (s. EB 19/2009) hat das EP am 25.11.2009 eine Entschließung zur Strategie der EU bei den Verhandlungen in Kopenhagen verabschiedet. Mit großer Mehrheit (516 +, 92 -, 70 +/-) unterstrichen die Abgeordneten abermals den Führungsanspruch der EU beim internationalen Klimaschutz und forderten u. a. ein rechtsverbindliches, internationales Übereinkommen bis Anfang 2010. Als Reduktionsziele sollen in Bezug auf den Ausstoß von 1990 für die Industriestaaten 25 – 40% bis 2020 und mindestens 80% bis 2050 festgeschrieben werden. Die Entwicklungsländer sollen als Gruppe den Anstieg ihrer Emissionen auf 15 bis 30% unterhalb dessen begrenzen, was als Steigerung zu erwarten ist, wenn keine diesbezüglichen Maßnahmen ergriffen werden. Im Gegenzug soll die EU die dortigen Maßnahmen zur Anpassung an Klimafolgen jährlich mit mindestens 30 Mrd. € bis 2020 unterstützen und diesen Betrag sogar noch erhöhen, sofern neue Erkenntnisse über das Ausmaß des Klimawandels und der von ihm verursachten Kosten gewonnen werden. Nach teilweise sehr konträren Diskussionen hat sich das EP auch für die Einbeziehung des Luft- und Seeverkehrs in die verbindlichen Ziele und die Beteiligung dieser Sektoren am internationalen Emissionshandel mit mindestens 50% ausgesprochen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0089+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EU-KOMMISSION VERÖFFENTLICHT KONSULTATIONSERGEBNISSE ZU KREDIT-MARKTREGELN

Die EU-Kommission hat am 01.12.2009 die Ergebnisse zweier Konsultationen zum Kreditmarkt veröffentlicht. Eine Konsultation betraf die Frage, wie EU-weit die verantwortungsvolle Aufnahme und Vergabe von Krediten gewährleistet werden kann. Die zweite Konsultation betraf die Frage, wie innerhalb der



EU den Zugang zu Kreditdaten von Verbrauchern und deren Austausch verbessert werden kann. Im Einzelnen s. Beitrag im Bereich des StMF.

http://ec.europa.eu/internal_market/finances-retail/docs/credit/egch_summary_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

RUMÄNE ALS NEUER AGRARKOMMISSAR NOMINIERT

Kommissionspräsident *Barroso* hat am 27.11.2009 die designierten Kommissare für die nächste Europäische Kommission vorgestellt. Das Agrarressort soll zukünftig von dem Rumänen *Dacian Cioloș* geführt werden. *Cioloș* war von 2007-2008 Landwirtschaftsminister in Rumänien und in verschiedenen Positionen im Landwirtschaftsministerium tätig. Aufgrund früherer Tätigkeiten in Brüssel ist er bestens mit den Verfahren in Rat und Kommission vertraut. Er studierte Landwirtschaft in Cluj und vertiefte sein Studium in Frankreich, in Rennes und Montpellier. Frankreich hat seine Bewerbung unterstützt.

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 20. NOVEMBER IN BRÜSSEL

Die Agrarminister billigten formell den Verordnungsvorschlag, der die Eingliederung von Milch und Milchprodukten unter Art. 186 der einheitlichen Gemeinsamen Marktordnung vor-sieht und die Kommission ermächtigt, eigenständig Maßnahmen zur Stützung des Milchmarktes zu ergreifen. Dadurch wurde auch die Voraussetzung geschaffen, den Milchfonds von 300 Mio. EUR auszuführen, dem die Finanzminister am 18.11.2009 zugestimmt haben. Deutschland erwartet rd. 60 Mio. EUR aus dem Fonds. Kommissarin *Fischer Boel* berichtete über die positive Marktentwicklung. Die Preise von Butter und Magermilchpulver liegen 29 % bzw. 23 % über dem jeweiligen Interventionsniveau und die Auszahlungspreise für die Erzeuger lägen in einigen Mitgliedstaaten bei 30-31 Cent/l.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/111400.pdf

ÄNDERUNG DER BAYERISCHEN PROGRAMMPLANUNG ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS BEWILLIGT

Der Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raums hat am 23.11.2009 neben 35 Entwicklungsprogrammen anderer Mitgliedstaaten und Regionen,



die Änderung der bayerischen ELER - Programmplanung (Bayerisches Zukunftsprogramm Agrarwirtschaft und Ländlicher Raum) gebilligt. Die Anpassung des Programms 2007-2013 berücksichtigt im Wesentlichen die Erhöhung des Finanztableaus, dessen Ausstattung durch die Beschlüsse im Health Check (Modulation) und durch die Mittel aus dem EU-Konjunkturprogramm verbessert wurde. Durch die Änderungen im Health Check stehen europaweit 3,4 Mrd. EUR mehr für die Bewältigung der neuen Herausforderungen Klimawandel, Wasserbewirtschaftung, erneuerbare Energien, biologische Vielfalt, Umstrukturierung des Milchsektors sowie für Innovationen zur Verfügung. Aus dem europäischen Konjunkturprogramm erhalten die Mitgliedstaaten 1 Mrd. EUR, die u.a. in den Ausbau des Breitbandnetzes in ländlichen Gebieten fließen. Bayern erhält durch die Health-Check-Beschlüsse rd. 128,4 Mio. EUR, aus dem EU-Konjunkturprogramm rd. 15,8 Mio. Euro.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1813&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION LÄSST GVO-MAISLINIE MIR 604 ZU

Die Europäische Kommission hat am 30.11.2009 der Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie MIR 604 zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel, für den Import und zur Weiterverarbeitung zugestimmt. Im Agrarrat am 20.11.2009 konnte noch keine Mehrheit für die Zulassung gefunden werden, damit fiel die Entscheidung auf die Kommission. MIR 604 hat in der Vergangenheit den Importeuren von Futtermitteln Schwierigkeiten bereitet, da deren Spuren in Lieferungen anderer Produkte zu finden waren, die dann nicht in die EU gelangen durften. Die Zulassung gilt für zehn Jahre.

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

KOMMISSION GESTATTET DEUTSCHLAND BEIHILFEN FÜR LANDWIRTE BIS 15.000 EUR

Die deutsche Beihilferegulung, mit der Landwirte unterstützt werden können, wurde am 23.11.2009 von der Kommission genehmigt. Durch die Regelung können Landwirte unterstützt werden, die durch die Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind. Bis Ende 2010 können max. 15.000 EUR in Form von Direktbeihilfen, Zinszuschüssen, bezuschussten Darlehen oder bezuschussten Garantien gewährt werden. Die Regelung gilt für alle Teilbereiche der landwirtschaftlichen Primärerzeugung. Deutschland hat im Rahmen der



Bewilligung darauf hingewiesen, dass der Rückgang der Erzeugerpreise im deutschen Landwirtschaftssektor zu Einkommensausfällen von ca. 6 Mio. EUR geführt hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1805&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR VEREINFACHUNG DER GAP VOR

Die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat am 20.11.2009 einen Bericht zur Vereinfachung der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) vorgelegt. Damit reagiert die Kommission auf 39 Vereinfachungsvorschläge, die im Rahmen des Agrarrates im April von den Mitgliedstaaten, federführend von Dänemark und Deutschland, vorgelegt wurden. Die Mehrheit der Vorschläge wurde positiv aufgenommen. Bereits erfolgt sind laut Kommission Vereinfachungen in den überarbeiteten Regeln für die Direktzahlungen, die zum 01.01.2010 in Kraft treten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1781&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSARIN FISCHER BOEL UNTERSTREICHT BEDEUTUNG EINER STARKEN GAP

Anlässlich einer Konferenz in Stockholm am 24.11.2009 hat sich Kommissarin *Fischer Boel* für eine starke und gemeinsame GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) nach 2013 ausgesprochen. Wichtige Schlüsselinteressen sind die Nahrungsmittelerzeugung, die Schonung natürlicher Ressourcen und die verbesserte Entwicklung in den ländlichen Regionen über die Landwirtschaft hinaus. Auch zukünftig seien Marktinstrumente als echtes Sicherheitsnetz notwendig. Direktbeihilfen sind der Schlüssel, um eine flächendeckende Bewirtschaftung zu gewährleisten und diese nicht nur auf hochproduktive Regionen zu beschränken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/554&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU-NAHRUNGSMITTELHILFE FÜR BEDÜRFTIGE AUCH IN 2010

Das Nahrungsmittelhilfeprogramm der EU wird auch in 2010 weiter angeboten und wie in 2009 mit 500 Mio. EUR unterstützt. An dem freiwilligen Programm, an dem Deutschland nicht teilnimmt, beteiligen sich 19 Mitgliedstaaten. Der



Schwerpunkt der Mitgliedstaaten, die das Programm wahrnehmen, liegt in Süd- und Osteuropa.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1779&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ABSATZFÖRDERUNGSPROGRAMME FÜR AGRARPRODUKTE IN DRITTLÄNDER GENEHMIGT

20 Programme von Mitgliedstaaten mit Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse in Drittländer wurden von der Kommission am 30.11.2009 genehmigt. Bei den Erzeugnissen handelt es sich um geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.) und geo-graphisch geschützte Angaben (g.g.A.), Wein, Obst und Gemüse, Fleisch, Spirituosen, Olivenöl und Erzeugnisse aus dem ökologischen Landbau. Die Maßnahmen werden zur Hälfte von der EU mitfinanziert, die 11,1 Mio. EUR bereitstellt. Die Absatzförderung wird von Frankreich, Griechenland, Litauen, Italien, Polen, Portugal und Rumänien genutzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1849&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

275 MILLIONEN EURO FÜR DEN KAMPF GEGEN TIERSEUCHEN

Die Kommission hat mit Entscheidung vom 26.11.2009 für das Jahr 2010 Finanzmittel in Höhe von 275 Mio. EUR zur Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen genehmigt. In den Mitgliedstaaten sollen insgesamt 224 Programme die zehn häufigsten, teils auch zwischen Mensch und Tier übertragbaren Krankheiten eindämmen, wie z. B. die Salmonellose und die Vogelgrippe. Daneben wird u.a. das Ziel verfolgt, die Tuberkulose und die Tollwut auszurotten. Gesundheitskommissarin *Vassiliou* betonte die Wichtigkeit einer vorbeugenden Strategie, die insbesondere die auf den Menschen übertragbaren Tierkrankheiten in den Vordergrund stellt (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/eradication/programme2010/2010_programmes_pres.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT: POLITISCHE EINIGUNG ÜBER RICHTLINIENENTWÜRFE ZU ELTERNURLAUB UND SELBSTSTÄNDIGEN FRAUEN

Die Beschäftigungs- und Sozialminister der Europäischen Union haben am 30. November 2009 in Brüssel erwartungsgemäß eine politische Einigung über die Richtlinienentwürfe zum Elternurlaub sowie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben, erzielt. Über die Beratungen zur Ausweitung der europäischen Regelungen zur Antidiskriminierung legte die schwedische Ratspräsidentschaft lediglich einen Sachstandsbericht vor. Darüber hinaus nahm der Rat Schlussfolgerungen u.a. zur Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Vorbereitung der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010, zur Gleichstellung der Geschlechter als Beitrag zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung sowie zu „Altern in Gesundheit und Würde“ an. Die Verhandlungen über die so genannte „Mutterschutz-Richtlinie“ waren infolge der Zurückverweisung des Europäischen Parlaments in die Ausschüsse im Rat nicht fortgesetzt worden.

NEUBESETZUNG DER EU-KOMMISSION: UNGARISCHER WIRTSCHAFTSEXPERTE LÁSZLÓ ANDOR ALS KANDIDAT FÜR KÜNFTIGEN SOZIALKOMMISSAR NOMINIERT

Als Kandidaten für das Amt des künftigen EU-Sozialkommissars hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* im Rahmen der Vorstellung des neuen Kollegiums der Kommissare am 27. November 2009 den ungarischen Politiker und Wirtschaftsexperten *László Andor* nominiert. Der 43-jährige parteilose Kandidat ist bislang als Vorstandsmitglied der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung tätig. Die Aufgabenbeschreibung soll künftig „Beschäftigung, Soziales und Integration“ umfassen. Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie des Kampfs gegen Diskriminierungen sollen künftig in das Zuständigkeitsfeld der designierten Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft fallen, der Luxemburgerin *Viviane Reding*. Nach Aussage der Kommission soll mit dem geplanten Neuzuschnitt der Portfolios die soziale Integration mehr Gewicht erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1837&format=HTML&aged=0&language=EN&quiLanguage=en>



ARBEITS- UND SOZIALMINISTERKONFERENZ: FORDERUNGEN AN DIE NEUE EU-KOMMISSION UND AUSSPRACHE MIT SOZIALKOMMISSAR ŠPIDLA

Die für Arbeit und Soziales zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder haben am 26. November 2009 unter Vorsitz von Bayerns Sozialministerin *Christine Haderthauer* im Rahmen ihrer 86. Konferenz über aktuelle arbeitsmarkt- und sozialpolitische Themen in Berchtesgaden u.a. einen Beschluss über „Forderungen an die neue Europäische Kommission“ verabschiedet. Zudem fand eine Aussprache mit EU-Sozialkommissar *Špidla* zu den Schwerpunkten der sozialpolitischen Initiativen auf europäischer Ebene statt. Mit Blick auf die „EU 2020“-Agenda betonten die Minister, dass die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele „zusammen gesehen werden müssen“. Empfohlen wird eine kritische Analyse der vergangenen zehn Jahre Lissabon-Strategie. Die neue Agenda müsse ein schlanker Prozess mit überschaubaren Zielen sein. Doppelungen mit bereits existierenden Prozessen wie z.B. der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) Sozialschutz sollten vermieden werden. Weitere Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) betrafen die Zukunft des Europäischen Sozialfonds nach 2013 im Rahmen der europäischen Kohäsions-, Struktur- und Beschäftigungspolitik sowie das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010.

<http://www.stmas.bayern.de/cgi-bin/pm.pl?PM=0911-420.htm>

RAT FÜR BILDUNG, JUGEND UND KULTUR: MASSNAHMEN ZUR BILDUNG VON KINDERN MIT MIGRATIONS Hintergrund

Zum Thema „Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund“ haben die für Bildung, Jugend und Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister in der EU am 26. November 2009 bei ihrer Ratstagung in Brüssel Schlussfolgerungen angenommen. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, dafür zu sorgen, dass alle Kinder faire und gleiche Chancen sowie die erforderliche Unterstützung erhalten, sodass sie „ihr Potenzial voll ausschöpfen können“. Bildung leiste einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Integration von Migranten in die europäischen Gesellschaften. Bereits im Rahmen der frühkindlichen Erziehung und später in allen Phasen des lebensbegleitenden Lernens bedürfe es „gezielter Maßnahmen und einer größeren Flexibilität“, um Lernende mit Migrationshintergrund gleich welchen Alters zu unterstützen. Neben einem Austausch



bewährter Praktiken auf EU-Ebene regten die Minister auch an, die Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds sowie des Europäischen Integrationsfonds zu nutzen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/educ/111526.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT: ZUSAMMENARBEIT DER MITGLIEDSTAATEN BEI AUFNAHME VON ASYLBEWERBERN UND KAMPF GEGEN DISKRIMINIERUNG

Das Europäische Parlament (EP) hat in einer am 25. November 2009 verabschiedeten Resolution eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Asylbewerbern sowie im Kampf gegen Diskriminierung gefordert. Im Rahmen einer EntschlieÙung zum so genannten „Stockholm-Programm“, das die Prioritäten der EU im Bereich Justiz und Inneres für die nächsten fünf Jahre festlegt und das durch die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen am 10./11. Dezember 2009 beschlossen werden soll, sprachen sich die Abgeordneten für ein umfassendes Paket von Rechtsbehelfen für Opfer von Straftaten aus, insbesondere Opfer von Menschenhandel und Gewalt gegen Frauen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2009-0090&language=DE&ring=B7-2009-0155>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0098+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP-FRAUENAUSSCHUSS: ZWEITER BERICHTSENTWURF ZUR NOVELLIERUNG DER MUTTERSCHUTZ-RICHTLINIE ERNEUERT VORSCHLAG FÜR 20-WOCHEN-FRIST

Im EP-Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hat am 1. Dezember 2009 die portugiesische Berichterstatterin *Edite Estrela* (S&D) ihren zweiten Bericht zum Mutterschutz vorgestellt. Zuvor war bei der ersten Lesung im Mai 2009 der Berichtsentwurf zur „Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz“ durch das Plenum in die Ausschüsse zurückverwiesen worden. Die Berichterstatterin fordert wie zuvor eine weitere Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubs von derzeit 14 auf 20 Wochen, während der Vorschlag der Kommission im



Rahmen des „Vereinbarkeitspakets“ eine 18-wöchige Frist vorgesehen hatte. Die Diskussion konzentrierte sich jedoch insbesondere auch auf die Frage des Anwendungsbereichs einer möglichen revidierten Richtlinie und die Einbeziehung von Vaterschaftsurlaub in den Berichtsentwurf.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-65558-334-11-49-902-20091130IPR65557-30-11-2009-2009-false/default_de.htm

EUGH: KOMMISSION VERSCHÄRFT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND ZUR PFLEGEVERSICHERUNG

wegen Bestimmungen zur gesetzlichen Pflegeversicherung verschärfen und hat am 20. November 2009 die Vorlage einer begründeten Stellungnahme angekündigt. Damit wird die zweite Stufe eines Verstoßverfahrens eingeleitet. Eine pflegebedürftige Person könne Pflegeleistungen in Deutschland erhalten, die vom Träger der gesetzlichen Pflegeversicherung bezahlt werden, bekomme diese Leistungen aber nicht in gleicher Höhe erstattet, wenn sie sich vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat aufhält, moniert die Kommission. Aus Sicht der Brüsseler Behörde stelle dies eine ungerechtfertigte Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs dar. Die in Frage stehende Bestimmung sei weder notwendig, um eine ernste Gefährdung der finanziellen Ausgewogenheit des Sozialversicherungssystems zu verhindern, noch um die Qualität der Pflege zu gewährleisten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1761&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-KOMMISSION: START DER KONSULTATION ZU LISSABON-NACHFOLGESTRATEGIE

Die Europäische Kommission hat am 24. November 2009 eine öffentliche Konsultation zur „EU 2020“-Strategie gestartet. Die Strategie soll zu einem ökologischeren und sozialintegrativen Wachstum in der EU führen und auf den bisherigen Erfahrungen und Ergebnissen der Lissabon-Strategie aufbauen, die im nächsten Jahr ausläuft. Stellungnahmen können bis zum 15. Januar 2010 eingereicht werden. Anschließend wird die neue Kommission einen Vorschlag zur Frühjahrstagung 2010 des Europäischen Rates vorlegen (s. auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm



NICHTRAUCHERSCHUTZ: EUROPÄISCHES PARLAMENT NIMMT ENTSCHEIDUNG ZU RAUCHFREIEN ZONEN AN

Das Europäische Parlament hat am 26. November 2009 bei seiner Sitzung in Straßburg eine Entschließung zu rauchfreien Zonen mit 520 Ja-Stimmen bei 53 Gegenstimmen und 45 Enthaltungen angenommen. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, im Bereich des Gesundheitsschutzes für Arbeitnehmer weiter Vorschriften über den Schutz von Nichtrauchern zu erlassen. Das EP bedauert, dass der Rat beschlossen hat, auf der Grundlage des von der Kommission am 30. Juni vorgelegten Vorschlages (s. EB 13/2009) eine Empfehlung über rauchfreie Zonen anzunehmen, ohne zuvor die Stellungnahme des Parlamentes einzuholen. Art. 152 Abs. 4, UA 2 EG sieht als Rechtsgrundlage für die Empfehlung allerdings keine obligatorische Anhörung vor. Auf seiner Tagung am 1. Dezember 2009 in Brüssel hat der Rat die Empfehlung verabschiedet.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0100+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BARROSO NOMINIERT ANDROULLA VASSILIOU FÜR AMT DES EU-KOMMISSARS FÜR BILDUNG, KULTUR, MEHRSPRACHIGKEIT UND JUGEND

Androulla Vassiliou, seit 2008 EU-Kommissarin für Gesundheit, soll nach dem Willen von Kommissionspräsident *Barroso* in der neuen Kommission den Bereich Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend übernehmen. Damit wird das im Jahr 2007 neu geschaffene Portfolio Mehrsprachigkeit wieder mit dem Bildungsdossier zusammengelegt.

ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 26.11.2009

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer Tagung am 26.11.2009 unter schwedischem Vorsitz Ratsschlussfolgerungen zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften und Schulleitern, zur Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund und zur Entwicklung der Rolle der Bildung in einem leistungsfähigen Wissensdreieck sowie Kernaussagen zur Bildung als Beitrag zu den Beratungen über die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 angenommen. Zudem haben die Bildungsminister einen Gedankenaustausch zur



Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund sowie zu Vielfalt und Transparenz als Triebkräfte für Exzellenz im europäischen Hochschulwesen geführt. Bildungskommissar Šefčovič stellte den Entwurf der Kommission für den Gemeinsamen Fortschrittsbericht des Rates und der Kommission zur Umsetzung des Arbeitsprogramms 2010 (s.u.) sowie den Bericht der Kommission über die Fortschritte bei der Qualitätssicherung in der Hochschulbildung vor.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15098.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14353.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14344.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15465.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13682.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15466.de09.pdf>

KOMMISSION LEGT ZWEI BERICHTE ZU DEN IM BILDUNGSBEREICH ERZIELTEN FORTSCHRITTEN VOR

Neben ihrem Bericht über die erzielten Fortschritte („Indikatoren und Benchmarks 2009“) bezüglich der Lissabon-Ziele im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, hat die Kommission auch ihren Entwurf des Gemeinsamen Fortschrittsberichts 2010 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ („Schlüsselkompetenzen für eine Welt im Wandel“) vorgelegt.

Aus dem Bericht zu den Lissabon-Zielen im Bildungsbereich ergibt sich, dass die Mitgliedstaaten zwar Fortschritte erzielt haben, die für 2010 gesteckten Ziele voraussichtlich aber größtenteils verfehlen werden. Im Mittelpunkt des Gemeinsamen Fortschrittsberichts 2010 steht die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung. Zugleich gibt der Bericht einen Überblick über die Entwicklung der nationalen Strategien für lebenslanges Lernen, über Reformen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Modernisierung der Hochschulbildung. Zahlreiche Länder haben demnach Reformen auf den Weg gebracht, bei denen die Schlüsselkompetenzen ausdrücklich als Bezugsrahmen dienen. Dagegen bleibe bei der Unterstützung der Kompetenzentwicklung von Lehrkräften, der Aktualisierung von Bewertungsmethoden und der Einführung neuer Organisationsformen für das Lernen noch viel zu tun. Der Gemeinsame Bericht soll vom Rat auf der Tagung im Februar 2010 angenommen werden.

<http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning->



[policy/doc/report09/report_en.pdf](#)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/520&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/benchmarks_en.pdf

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0640:FIN:DE:PDF

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

MÁIRE GEOGHEGAN-QUINN – DESIGNIERTE KOMMISSARIN MIT INNOVATIONSSCHWERPUNKT

Der in *Barrosos* Leitlinien festgelegte Schwerpunkt der Innovationsförderung spiegelt sich in der Titelbezeichnung der nominierten Kommissarin wider: Als Nachfolge für den bisherigen „Wissenschafts- und Forschungskommissar“ *Janez Potočnik* wurde die *Irin Máire Geoghegan-Quinn* als Kommissarin für Forschung und Innovation nominiert. Auch für das Portfolio der Generaldirektion Forschung ist eine Änderung beabsichtigt: zwei der für das Forschungsprogramm Marie Curie zuständigen Referate sollen der Generaldirektion Bildung und Kultur zugeordnet werden. Es ist hingegen noch nicht bekannt, wo die von *Barroso* am 25.09.2009 angekündigte neue Position des Wissenschaftsberaters verortet werden soll.

SITZUNG DES KULTURMINISTERRATES AM 27.11.2009: FÖRDERUNG EINER KREATIVEN GENERATION UND 2011 JAHR DER FREIWILLIGENTÄTIGKEIT

Der Kulturministerrat verabschiedete in seiner Sitzung am 27.11.2009 die Schlussfolgerungen zur Förderung einer kreativen Generation. Ferner nahm der Rat die Entscheidung über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft an. Diese Annahme der Entscheidung zum Europäischen Jahr 2011 war möglich geworden, nachdem das Plenum des Europäischen Parlaments am Vortag seine Zustimmung zum Entscheidungsvorschlag gegeben hatte.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st14/st14453.en09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st15/st15658.en09.pdf>



SITZUNG DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 26.11.2009: HOCHSCHUL-RANKING ZUR QUALITÄTSVERBESSERUNG

Der Bildungsministerrat erörterte am 26.11.2009 die Möglichkeiten zur Qualitätsverbesserung der europäischen Hochschulen. Im Mittelpunkt stand die Diskussion, ob ein Hochschulrankingsystem eine geeignete Maßnahme darstellen könnte. Ein Handlungsdruck gehe von der Vielzahl existierender ungeeigneter Studien aus. Der Rat bekundete ein großes Interesse am Bericht der Kommission, welche im Dezember 2008 das Projekt „Planung und Erprobung eines neuen mehrdimensionalen weltweiten Hochschulrankings“ ausgeschrieben hatte.

INITIATIVE ZUR INNOVATIVEN MEDIZIN: ZWEITE ANTRAGSRUNDE GESTARTET

Die Initiative zur innovativen Medizin (IMI) hat die zweite Ausschreibungsrunde gestartet, um die Entwicklung neuer Arzneimittel in insgesamt neun wissenschaftlichen Bereichen (u.a. molekulare Biomarker) mit den Schwerpunkten Krebsforschung, Entzündungs- und Infektionskrankheiten voranzutreiben. Die Kommission unterstützt diese Ausschreibung mit 76,8 Mio. €, mit gleichem Wert werden die IMI-Mitgliedsunternehmen Sachleistungen in den Projekten erbringen.

www.imi.europa.eu

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

NEUE EU-KOMMISSION: SCHLÜSSELPOSITIONEN FÜR DEN BEREICH DES STMUG

Am 27. November 2009 hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* die Verteilung der Zuständigkeiten der designierten Kommissare bekanntgegeben. Danach bekommt *Günther Oettinger* die Zuständigkeit für Energiepolitik, der Slowene, *Janez Potočnik*, das Umweltressort, die Dänin, *Connie Hedegaard*, die Klimaschutzpolitik und der Malteser, *John Dalli*, die Gesundheits- und Verbraucherpolitik.



ERGEBNISSE DES RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 30.11./01.12.2009 IN BRÜSSEL – BEREICH GESUNDHEIT

Am 30.11. und 01.12.2009 tagte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) in Brüssel (vgl. auch Beitrag des StMAS in diesem EB). Nach langen und kontroversen Verhandlungen konnten die Gesundheitsminister trotz der bis dato erzielten Fortschritte keine politische Einigung über den Richtlinienvorschlag zur Ausübung von Patientenrechten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Laufe der Sitzung am 01.12. erzielen. Am 30.11. verabschiedete der Rat Empfehlungen über eine rauchfreie Umgebung. Des Weiteren nahm er am 01.12. Schlussfolgerungen zu innovativen Anreizen für wirksame Antibiotika, zur sicheren und effizienten Gesundheitsversorgung durch eHealth sowie zu Alkohol und Gesundheit an. Die schwedische Ratspräsidentschaft präsentierte zu den Gesetzgebungsvorschlägen des Pharmapaketes Arzneimittelfälschungen und Arzneimittelüberwachung jeweils Fortschrittsberichte und informierte zu den Patienteninformationen. Außerdem wurde das weitere Vorgehen bei der A/H1N1-Pandemie im Anschluss an den Sonder-EPSCO-Rat am 12.10.2009 besprochen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/111599.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/111557.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/111608.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/111613.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/111638.pdf

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 20.11.2009 IN BRÜSSEL

Am 20.11.2009 tagte der Agrarrat in Brüssel (vgl. Beitrag des StMELF in diesem EB). Auf ihrer Sitzung nahmen die Agrarminister u. a. Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission vom 28.07.2009 über die Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen (EG) Nr. 852/2004, (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 an (s. EB 15/2009). Außerdem verabschiedete der Agrarrat eine neue Verordnung über kosmetische Mittel nach 1. Lesung im



Europäischen Parlament (s. EB 07/2009).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/111400.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st14/st14299-ad01.en09.pdf><http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st03/st03623.en09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st03/st03623-co01.en09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st12/st12682-ad01re01.en09.pdf>

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 23. – 26.11.; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 23. bis 26. 11.2009 in Straßburg u. a. eine Verordnung zur Lärm- und Verbrauchskennzeichnung von Reifen sowie Entschlüsseungen zu rauchfreien Zonen und zu den anstehenden Klimaverhandlungen in Kopenhagen getroffen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14639.de09.pdf>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009->

[0100+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-)<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009->

[0089+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0089+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

KLIMAWANDEL UND WASSER – STRATEGIEPAPIER ZUR UMSETZUNG DER WASSERRAHMENRICHTLINIE

Am 01.12.2009 haben die Wasserdirektoren der Mitgliedstaaten die gemeinsame Strategie zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG (WRRL) vor dem Hintergrund des Klimawandels herausgegeben. Darin werden elf Leitprinzipien genannt, die helfen sollen mögliche Auswirkungen, wie z. B. die Zunahme der Bewässerung in der Landwirtschaft, besser zu berücksichtigen und es dabei gleichzeitig erlauben, sich auch auf die Unsicherheiten der Klimaprognosen einzustellen. Nach Ansicht der Wasserdirektoren sollten die EU-Staaten spätestens für den Planungszeitraum 2015 bis 2027 die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft entsprechend einbeziehen.

http://circa.europa.eu/Public/irc/env/wfd/library?l=/framework_directive/climate_adaptation/management_climatepdf/ EN_1.0_&a=d



INITIATIVE ZUR INNOVATIVEN MEDIZIN: ZWEITE ANTRAGSRUNDE GESTARTET

Die Initiative zur innovativen Medizin (IMI) hat die zweite Ausschreibungsrunde gestartet, um die Entwicklung neuer Arzneimittel in insgesamt neun wissenschaftlichen Bereichen (u. a. molekulare Biomarker) mit den Schwerpunkten Krebsforschung, Entzündungs- und Infektionskrankheiten voranzutreiben. Die Kommission unterstützt diese Ausschreibung mit 76,8 Mio. €. Mit gleichem Wert werden die IMI-Mitgliedsunternehmen Sachleistungen in die Projekte erbringen (vgl. Beitrag des StMWFK in diesem EB).

www.imi.europa.eu

EUROPÄISCHE KOMMISSION BESCHLIESST HOTLINES FÜR KRIMINALITÄTSOPFER UND MEDIZINISCHE BERATUNG IN EUROPA

Am 30.11.2009 hat die Europäische Kommission beschlossen, zwei neue „116er“-Nummern für soziale Dienste zu reservieren. Diese sog. „Helplines“ sollen ab dem 15.04.2010 allen EU-Bürgern zur Verfügung stehen. Unter den Nummern 116 001 und 116 117 können dann Kriminalitätsoffer und Menschen, die außerhalb von Notfällen medizinische Dienste benötigen, überall in der EU Hilfe erhalten. Die Mitgliedstaaten müssen nach diesem Beschluss dafür sorgen, dass die nationalen Regulierungsbehörden für Telekommunikation die beiden 116er-Nummern ab dem 15.04.2010 zuweisen können (vgl. Beitrag zur IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1842&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

275 MILLIONEN EURO FÜR DEN KAMPF GEGEN TIERSEUCHEN

Die Kommission hat mit Entscheidung vom 26.11.2009 für das Jahr 2010 Finanzmittel in Höhe von 275 Mio. € zur Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen genehmigt. In den Mitgliedstaaten sollen insgesamt 224 Programme die zehn häufigsten, teils auch zwischen Mensch und Tier übertragbaren Krankheiten eindämmen, wie z. B. die Salmonellose und die Vogelgrippe. Daneben wird u. a. das Ziel verfolgt, die Tuberkulose und die Tollwut auszurotten. Gesundheitskommissarin Vassiliou betonte die Wichtigkeit einer vorbeugenden Strategie, die insbesondere die auf den Menschen übertragbaren Tierkrankheiten in den Vordergrund stellt.

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/eradication/programme2010/2010_pr



[ogrammes_pres.pdf](#)

ÜBER EINE MILLIARDE EURO FÜR DEN KAMPF GEGEN AIDS, TUBERKULOSE UND MALARIA

Seit Ausbruch der Immunschwäche AIDS haben sich bisher weltweit ca. 60 Mio. Menschen infiziert, 25 Mio. Menschen sind an den Folgen gestorben. Zum Welt-AIDS-Tag am 01.12.2009 haben Gesundheitskommissarin Vassiliou und Entwicklungskommissar de Gucht betont, den engagierten Einsatz der EU gegen AIDS (HIV), Tuberkulose und Malaria insbesondere mit Maßnahmen zur Prävention und Frühdiagnose fortzusetzen. Als Gründungsmitglied und größter Geldgeber des weltweiten „Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria“ hat die Kommission seit 2002 über eine Mrd. € investiert.

http://ec.europa.eu/development/icenter/featured_20091130_en.cfm

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111602.pdf

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

NEELIE KROES TRITT DIE NACHFOLGE VON DER BISHERIGEN KOMMISSARIN FÜR INFORMATIONSGESELLSCHAFT UND MEDIEN VIVIANE REDING AN

Die seit 2004 für Wettbewerb zuständige Kommissarin *Neelie Kroes* soll die Nachfolge von *Viviane Reding*, bisher Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, antreten. Die liberale Wirtschaftswissenschaftlerin war in den Niederlanden von 1982 bis 1989 Ministerin für Verkehr und Telekommunikation. Damit wird die 68-jährige Niederländerin künftig für die Generaldirektion Informationsgesellschaft (Digitale Agenda) und die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) zuständig sein. Nach den bisherigen Kommissionsplänen soll es allerdings eine Änderung innerhalb der Generaldirektion Informationsgesellschaft geben: die Einheit MEDIA Programm (INFOSO A 2) wechselt zu *Androulla Vassiliou*, Generaldirektion Bildung und Kultur (EAC). Die Zypriotin war seit 2008 zuständig für Gesundheit und Verbraucherschutz. Die liberale Politikerin und Juristin war mehrfach Abgeordnete des zypriotischen Parlaments und auch Mitglied des Europäischen Konvents.



MINISTERRAT UND PARLAMENT VERABSCHIEDEN TELEKOM-REFORMPAKET

Der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament haben das Telekom-Reformpaket verabschiedet. Der Rat hatte die neue Rahmengesetzgebung für Telekommunikation am 20.11.2009 einstimmig beschlossen. Das Parlament gab seine Zustimmung zu dem umfassenden Reformvorhaben in dritter Lesung am 24.11.2009. Die neuen Bestimmungen sollen mehr Rechtssicherheit für Unternehmen schaffen, die in neue Netzwerke investieren, und somit den Wettbewerb und die Investitionstätigkeit auf den europäischen Telekommunikationsmärkten verbessern. Außerdem werden weitere Funkfrequenzen für neue Mobilfunkdienste geöffnet. Das Reformpaket war bereits im Jahr 2007 von der Kommission vorgeschlagen worden, Rat und Parlament konnten sich allerdings erst am 05.11.2009 im Vermittlungsverfahren auf einen Kompromiss einigen (siehe EB 19/2009).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1800&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/513&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPA WILL E-GOVERNMENT VORANBRINGEN

Am 20.11.2009 haben 34 Minister aus EU-Mitgliedsstaaten sowie Ländern mit Beitrittskandidatenstatus und aus EFTA-Staaten in Malmö eine Erklärung zum Thema E-Government unterzeichnet. Demnach sollen Bürger und Unternehmen in Europa bis 2015 E-Government-Dienste in Anspruch nehmen. Als E-Government bezeichnet man die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Elektronisierung der Verwaltung soll dazu beitragen, diese offener, einfacher und umweltfreundlicher zu gestalten und die Mobilität im Binnenmarkt zu erhöhen. In der Erklärung heißt es, alle Mitgliedsstaaten müssten sich langfristig und gemeinsam dafür einsetzen, dass diese Ziele erreicht werden. Der Umsetzungsprozess soll von den Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission geleitet werden.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/11/19/an_open_europe_with_accessible_public_administration_ministerial_declaration_on_egovernment_policy



EUROPÄISCHE KOMMISSION BESCHLIESST ZWEI TELEFONNUMMER FÜR KRIMINALITÄTSOPFER UND MEDIZINISCHE BERATUNGSHOT- LINES IN EUROPA

Am 30.11.2009 hat die Europäische Kommission beschlossen, zwei neue „116er“-Nummern für soziale Dienste zu reservieren. Diese sog. „Helplines“ sollen ab dem 15.04.2010 allen EU-Bürgern zur Verfügung stehen. Unter den Nummern 116 001 und 116 117 können dann Kriminalitätsoffer und Menschen, die außerhalb von Notfällen medizinische Dienste benötigen, überall in der EU Hilfe erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1842&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>